

Sekretariat  
Mühlegutstrasse 12  
9403 Goldach  
T 071 352 72 62  
F 071 352 72 62  
E info@klv-sg.ch  
W www.klv-sg.ch

## Quo vadis Berufsattraktivität?

### In dieser Ausgabe:

Wir wünschen	1
KLV-Delegiertenversammlung 1 / 10_11	2
Referat „Quo vadis Berufsattraktivität“	2
Resolution	3
Aktuelles aus dem KLV	4
Vernehmlassung Plan B	6
Vernehmlassung Revision Mittelschulgesetz	7
Kantonale Lehrerversicherungskasse (KLVK) / Revision	7
Termine/Adressen	8

### KLV-Homepage

Die KLV-Internetseite enthält viele nützliche Informationen:

- \* Aktuelle Infos unter „Aktuell“
- \* Kontaktadressen
- \* Vernehmlassungen
- \* Der KLV im Internet:  
[www.klv-sg.ch](http://www.klv-sg.ch)

Deutlich war an der DV vom 30. Oktober der steigende Unmut der anwesenden Lehrpersonen gegenüber den Politikern zu spüren. Der Geduldsfaden ist bei vielen Kolleginnen und Kollegen kurz vor dem reissen. Vieles liegt im Argen. Die Lehrerschaft hat in der Vergangenheit die Fülle von Reformen und die damit verbundenen zusätzlichen Anforderungen mitgetragen und sich äusserst loyal gezeigt.

Der KLV war stets ein verlässlicher Sozialpartner. Gegenseitiges Wohlwollen bildete den Hintergrund bei Verhandlungen und beim gemeinsamen Suchen nach Lösungen für die anstehenden Probleme.

Nun muss die Politik die jahrelange Unterstützung honorieren.

Bei der Arbeitszeit, den Löhnen und der Treueprämie müssen Verbesserungen schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden.

Beim Berufsauftrag stehen die Zeichen gut, dass eine Arbeitszeitreduktion umgesetzt werden kann.

Die Löhne müssen durch eine strukturelle Anpassung so positioniert werden, dass sie wieder konkurrenzfähig sind und ein positives Argument bilden, Lehrerin oder Lehrer zu werden oder zu bleiben. Zürich hat gezeigt, dass man, wenn man will, schnell zu einem positiven Ergebnis kommen kann. Es wird sich zeigen, ob unsere Lehrpersonen den vielen offenen Stellen im Kanton Zürich widerstehen können, nachdem nun die Löhne dort massiv nach oben angepasst werden. Wenn eine verstärkte Abwanderung in den Nachbarkanton erfolgen sollte, könnte auch im Kanton St.Gallen schneller ein massiver Lehrermangel eintreten, als manch einem lieb ist.

In einer Zeit, in der man pensionierte Lehrpersonen wieder im Schuldienst einsetzt und damit manifestiert, wie wertvoll diejenigen Lehrerinnen und Lehrer sind, die viel Erfahrung im Beruf haben, kann es nicht sein, dass langjährigen, treuen Lehrpersonen eine angemessene Treueprämie verwehrt wird. Der Kanton St. Gallen ist schweizweit am Ende der Tabelle, was die Ausrichtung von Treueprämien betrifft. Es stört dabei nicht nur die fehlende Anerkennung der geleisteten Arbeit, sondern man verpasst hier auch die Möglichkeit, den älteren Lehrpersonen eine Auszeit zu ermöglichen, die zum Auftanken gebraucht werden könnte. Es besteht also ein dringender Handlungsbedarf.

Obwohl Einiges darauf hindeutet, dass die von uns geforderten Massnahmen erfüllt werden könnten, sind wir dennoch skeptisch. Begründen kann man dies am Beispiel des Personalgesetzes, bei dem für die Lehrpersonen neben Verschlechterungen bei den Anstellungsbedingungen, kaum Verbesserungen vorgesehen sind.

Auch beim neuen Pensionskassengesetz herrscht eine gewisse Unsicherheit, denn es ist bis heute noch nicht klar, wie das Versprechen, dass für die Lehrpersonen keine Verschlechterungen erfolgen sollen, erfüllt werden kann.

Wir werden nicht locker lassen, bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Mit der Resolution, die die Delegierten am 30. Oktober einstimmig annahmen, haben wir die Ernsthaftigkeit unserer Anliegen manifestiert. Sollte dies jedoch nicht genügen, können wir uns auch vorstellen, mit offensiveren Mitteln unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Lehrerinnen und Lehrer von Bern haben uns gezeigt, dass auch heute Solidarität möglich ist. Denn rund 5000 Personen nahmen kürzlich an einer Kundgebung teil, bei der Verbesserungen bei den Löhnen und den Arbeitsbedingungen gefordert wurden.

Für welche Form wir uns auch immer entscheiden, das Wichtigste wird auch bei uns die Solidarität unter den Lehrerinnen und Lehrern sein.

Die Gäste und Delegierten wurden im Lagerhaus, St.Gallen, durch Stefan Gübeli, Co-Präsident der Sektion St.Gallen, begrüsst. Nach einem Referat von Franziska Peterhans, Generalsekretärin des LCH, wurde von den Delegierten die vorliegende Resolution einstimmig genehmigt. Anschliessend führte Hansruedi Vogel durch die Delegiertenversammlung.

Nach der Totenehrung wurde der Jahresbericht und die Jahresrechnung 09/10 mit dem Bericht der GPK einstimmig genehmigt. Die diesjährige DV stand ganz im Zeichen von Verabschiedungen. Folgenden Personen wurde für ihre wertvolle Arbeit gedankt: Ruedi Hofmänner, David Bärlocher, Mathias Gabathuler, Bruno Müller, Antonia

Leuch, Christina Locher-Vettiger, Christina Manser. Ruedi Hofmänner wurde anschliessend von den Delegierten einstimmig zum Ehrenpräsidenten gewählt. Dazu gratulieren wir ihm ganz herzlich.

Das ausführliche Protokoll der DV kann auf der KLV-Homepage heruntergeladen werden.

### Referat „Quo vadis Berufsattraktivität

#### Referat Franziska Peterhans, Generalsekretärin LCH

Zitat Anton Strittmatter: Der Lehrberuf ist ein beglückender, anspruchsvoller und ein „unmöglicher Beruf“. Das Missverhältnis zwischen diesem wunderbaren Beruf und seinen unmöglichen Seiten sollen beleuchtet und es soll aufgezeigt werden, wohin die Berufsattraktivität in den vergangenen Jahren gegangen ist und wohin sie sich entwickeln sollte.

Im Determinantenmodell werden 3 bestimmende Faktoren der Berufsattraktivität definiert: Die inhaltliche Determinante, in unserem Beruf das Kerngeschäft Unterrichten, die Unterrichtsgestaltung und die Bildungsarbeit mit den Kindern und Jugendlichen. Die soziale Determinante mit der Zusammenarbeit im Kollegium und der Unterstützung von Schulleitung und Behörde und die Status-Determinante, die Wertschätzung, Image, Jobsicherheit, Lohn und Arbeitszeit beinhalten. Sind zwei der drei Bereiche insgesamt positiv, behält der Beruf seine Attraktivität.

Laut der LCH Berufszufriedenheitsstudie aus dem Jahr 2007 schöpfen die Lehrerinnen und Lehrer ihre Zufriedenheit zu einem grossen Teil aus ihrer pädagogisch-didaktischen Tätigkeit und aus der Zusammenarbeit im Kollegium. Im obigen Modell wäre dies die inhaltliche und teilweise die soziale Determinante. Bei der Frage nach den Belastungen und der Unzufriedenheit werden vor allem Themen der Status-Determinante genannt.

Mehrere Negativfaktoren haben direkt mit der Arbeitszeit der Lehrpersonen zu tun.

Diese Erkenntnis brachte den LCH dazu, 2009, 10 Jahre nach der ersten Erhebung, erneut eine Arbeitszeitstudie durchzuführen. Laut dieser Studie liegt die mittlere Arbeitszeit bei Lehrpersonen mit einem Vollpensum bei 2072 Stunden, was gegenüber der letzten Erhebung eine Erhöhung um 7% bedeutet. Zwischen den einzelnen Stufen gibt es, im Gegensatz zu 1999, nur noch geringe Unterschiede. Dies deshalb, weil bei 2100 Jahresstunden eine Obergrenze erreicht wird, wo man einfach nicht mehr arbeiten kann. Diese Grenze scheinen nun alle Stufen erreicht zu haben.

Der Anteil der Arbeitszeit für das Unterrichten beträgt mit 930 Stunden weniger als 50%. Starke Zuwachs verzeichnen neben Vor- und Nachbereitung in erster Linie die Bereiche Gemeinschaftsarbeit, Administration und Weiterbildung, hier besonders schulinterne Weiterbildung. Indem das Kerngeschäft immer mehr in den Hintergrund tritt, wird ausgerechnet jener Bereich beschnitten, aus dem laut Berufszufriedenheitsstudie die Lehrpersonen die Befriedigung in ihrem Beruf ziehen. 62% der Lehrpersonen arbeiten Teilzeit. Teilzeiterinnen arbeiten nicht nur anteilmässig mehr, sondern leisten auch in absoluten Zahlen mehr unbezahlte Arbeit als Vollzeitlehrpersonen. Sie federn damit zusätzliche Belastungen

im Lehrberuf ab.

Die Arbeit der Lehrpersonen ist viel umfassender, anspruchsvoller und komplexer geworden. Das ist an sich nicht das Problem. Problematisch ist, dass sich die Anstellungsbedingungen umgekehrt – negativ – entwickelt haben.

„Aber als Lehrperson verdienst Du doch gut“ – das stimmt nicht mehr: Die neue LCH Salärvergleichsstudie zeigt auf, dass gleichaltrige Kolleginnen und Kollegen mit anforderungsgleicher Arbeit in den ersten Berufsjahren 10-85% mehr verdienen als Lehrpersonen. Besonders krass sind dabei die Unterschiede bei den Primarlehrpersonen.

In den vergangenen Jahren wurde mit unseren Lohnsystemen regelrecht Schindluder getrieben. Lehrpersonen sind gut ausgebildete Hochschulabsolventen, die eine sehr anspruchsvolle Arbeit machen. Sie können aber kaum Karriere machen und die bescheidene Lohnentwicklung, die mit den Stufenanstiegen vorgesehen wäre, wird durch die Politik oft willkürlich reduziert, halbiert oder gestrichen. Im Kanton SG sind Einstiegsgehälter seit 1993 nur wenig gestiegen, so dass mit der Verrechnung der Teuerung sogar ein Minus entsteht. Die Treueprämien wurden von 5 ½ Monatslöhnen im Laufe eines Berufslebens auf gerade noch einen Monatslohn gestrichen. So belohnt man keine engagierten und treuen Mitarbeiter und so gewinnt man auch keine jungen Maturandinnen und Matu-

randen für den Lehrberuf. Die Politiker und Politikerinnen im Kanton SG haben zu tun – es wäre ratsam, die notwendigen Veränderungen jetzt anzubringen. Der LCH unterstützt die Resolution des KLV voll und ganz: Die Löhne müssen massiv

### **Der Lehrerberuf muss wieder aktiver werden**

Die KLV-Delegierten verabschiedeten an der Delegiertenversammlung vom 30.10.2010 in St.Gallen folgende Resolution:

**Bildung ist das wichtigste Gut der Schweiz.**

**Bildung sichert die Zukunft unseres Landes.**

**Bildung schafft Wohlstand.**

**Demokratie funktioniert nur zusammen mit Bildung.**

Die politisch Verantwortlichen im Kanton St.Gallen räumen zwar ein, dass die Suche nach Lehrpersonen schwieriger geworden ist. Trotzdem schauen sie tatenlos zu.

Der KLV ist besorgt über den sich abzeichnenden Personalmangel an unseren Schulen, der die hohe Qualität der Bildung im Kanton St.Gallen gefährdet. Er fordert die Verantwortlichen auf, durch attraktive Berufsperspektiven für geeigneten Nachwuchs zu sorgen. Die ungenügenden Anstellungsbedingungen müssen behoben werden.

Der KLV stellt fest:

**Im Vergleich mit der Privatwirtschaft sind die Löhne viel zu tief!**

Bei gleichwertiger Ausbildung und vergleichbaren Arbeitsanforderungen liegen die Löhne der Lehrpersonen zwischen 8.4 % und 85.7 % tiefer als in der Privatwirtschaft, wie eine aktuelle Salärvergleichsstudie der Treuhand- und Wirtschaftsberatungsfirma Pricewaterhouse Coopers nachweist.

**Bei der Dienstalterszulage ist der Kanton St.Gallen abgeschlagen am**

steigen, Treueprämien müssen ihrem Namen wieder gerecht werden und das Pflichtpensum der Lehrpersonen muss sinken.

„Investieren in die Bildung“ heisst auch investieren in die Löhne der Lehrpersonen. Die Schule lebt von gut ausgebil-

### **Schluss der schweizerischen Statistik.**

Es tut Not, dass in der jetzigen Situation die Lehrpersonen, die über Jahre hinweg durch ihre ausgezeichnete Arbeit eine hohe Unterrichtsqualität garantieren, mehr Wertschätzung erfahren.

**Der Auftrag an die Schulen und die vielfältigen Erwartungen an die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer sind mit den heutigen Pflichtpensen der Lehrpersonen nicht mehr erfüllbar.**

Diese Tatsache gefährdet die Qualität des Unterrichts und die Gesundheit der Lehrpersonen. Immer mehr Lehrpersonen reduzieren ihr Vollpensum, was den Mangel an Lehrpersonen zusätzlich verstärkt. Der Kanton St.Gallen braucht aber auch in Zukunft motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer!

**Im Vergleich zum Jahr 1999 ist die durchschnittliche Arbeitszeit stark gestiegen und zunehmend falsch verteilt.**

Gemäss der Erhebung 2009 beträgt der Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit 133 Stunden pro Jahr. Zugelegt haben vor allem die Aufwendungen für Reformen, für Konferenzen und für die Administration, während der Anteil für die Unterrichtsvorbereitung und die Weiterbildung abgenommen hat. Gesunken ist auch die Berufszufriedenheit der Lehrpersonen.

Der KLV fordert darum die Regierung und das Parlament auf, die Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen deutlich zu verbessern:

deten, motivierten Lehrpersonen. Dem Lehrberuf ist mehr Wertschätzung entgegenzubringen. Das heisst vor allem auch, dass sich die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass sie diesem wichtigen und anspruchsvollen Beruf wieder genügen.

## **Resolution**

Die Besoldung der Lehrpersonen muss sich den Löhnen für vergleichbare Arbeit in der Privatwirtschaft angleichen:

**Die Löhne müssen massiv steigen!**

**Die Dienstalterszulage muss so angepasst werden, dass diese mindestens dem schweizerischen Durchschnitt entspricht.**

Die "Flucht in die Teilzeit" muss gestoppt werden. Der Lehrberuf muss auch als Vollpensum leistbar sein. Das bedeutet: Es braucht einen geklärten, erfüllbaren Berufsauftrag, und für das Kerngeschäft Unterrichten muss genügend Zeit für Vor- und Nachbearbeitung zur Verfügung stehen:

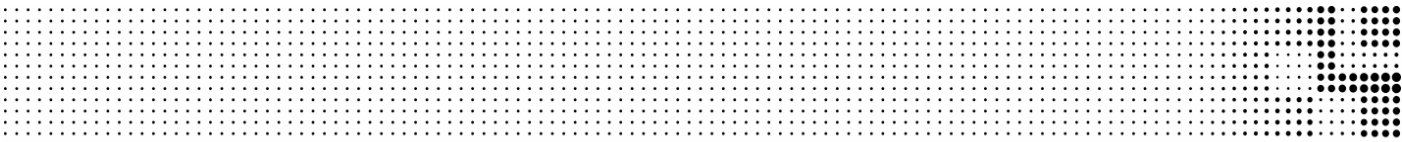
**Die Anzahl Pflichtlektionen muss gesenkt werden.**

Der Mangel an Lehrpersonen darf nicht zu einer Verwässerung der Zugangsbedingungen für den Lehrberuf an den Pädagogischen Hochschulen führen:

**Die Qualität der Ausbildung muss hoch bleiben.**

Bereits ab 2013 wird gemäss Bundesamt für Statistik die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf der Primarstufe wieder steigen, ab 2016 auch auf der Sekundarstufe I. Fast ein Drittel der heute tätigen Lehrpersonen geht in den nächsten zehn Jahren in Pension. Unser Arbeitgeber muss jetzt handeln, damit innerhalb der nächsten fünf Jahre die dringenden notwendigen Verbesserungen erzielt und der Mangel an Lehrpersonen nachhaltig behoben ist. Für die Politik muss ab heute gelten:

**Langfristig investieren - statt kurzfristig sparen!**



## Aktuelles aus dem KLV

### Sonderpädagogik – Konzept

Nachdem der Erziehungsrat mit dem Verabschieden der Leitsätze eine Grobarchitektur des Sonderpädagogik-Konzeptes festgelegt hat, geht es nun in einem nächsten Schritt darum, die gesetzlichen Grundlagen für die Neuordnung der fördernden Massnahmen zu schaffen.

Leider kann der KLV nichts zum Inhalt des Gesetzes sagen, da deren Ausarbeitung hinter verschlossenen Türen und ohne unsere Mitwirkung stattfand. Wir haben dieses Vorgehen kritisiert.

Das BLD hat auf diese Kritik reagiert und nun folgendes weiteres Vorgehen beschlossen:

Im November 2010 findet die Orientierung der Regierung zur Gesetzesänderungs-Botschaft statt.

Danach wird dieser Botschaftsentwurf dem Lenkungsausschuss vorgelegt, dieser hat dann bis Ende Jahr Zeit, einen Mitbericht dazu zu verfassen.

Im Januar wird dann die Regierung die 0-Lesung durchführen.

Die anschliessende Vernehmlassung wird dann voraussichtlich bis Ende Juni 2011 dauern.

Eine Inkraftsetzung des Sonderpädagogik – Konzeptes ist nicht vor 2012 zu erwarten.

### Berufsauftrag

Der Erziehungsrat hat an seiner Sitzung vom 8.6.2010 im Grundsatz die Notwendigkeit einer Überarbeitung des bestehenden Berufsauftrages erkannt. Die Spurguppe übernimmt neu als Lenkungsausschuss die Ausarbeitung des Berufsauftrages. Dieser erarbeitete in einer ersten Aufgabe einen ergänzenden Bericht zu konkreten Fragestellungen zur Ausarbeitung des Berufsauftrages.

Folgende Konkretisierungen wurden vorgeschlagen:

1. Neuaufteilung der Arbeitszeit
2. Reduktion des Unterrichtspensums
3. Flexibilisierung des Unterrichtspensums
4. Reduktion der Anzahl Unterrichtswochen

Der Erziehungsrat hat an seiner Sitzung vom 20.10.2010 diesen Bericht beraten.

### Neues Pensionskassengesetz

Nach der Orientierungsveranstaltung und der erfolgten Vernehmlassung hatte die Projektgruppe im 2010 nur wenige Sitzungen. Die Vernehmlassungsantworten, aber auch Nichtantworten (SVP!), mussten durch den Lenkungsausschuss zuerst interpretiert werden, bevor die nächste Etappe angegangen werden konnte. Bei der Übergangsordnung gingen die Meinungen wie erwartet am weitesten auseinander. Die Projektgruppe machte sich in der Folge an diese Anpassungsarbeiten. Noch mitten in der Auslegeordnung präsentierte der Versicherungsexperte Herr Professor Alex Keel mündlich eine neue Lösung mit der Ankündigung, diese direkt dem zuständigen Regierungsrat zukommen zu lassen. Immerhin wurde das Dossier im Nachgang zur Sitzung dann direkt im Auftrag von RR Gehrer nachgeliefert. Gleichzeitig wurden Norbert Stieger vom SGV und Wilfried Kohler vom KLV als einzige Vertreter des gesamten Personals der Stecker gezogen mit der Begründung, dass man für die politische Aufarbeitung nun nur noch mit Mitarbeitern des Finanzdepartements weitermachen wolle. Man kann gut verstehen, dass es mit Befehlsempfängern leichter und schneller als mit unabhängigen und kritischen Geistern geht. Immerhin wurde uns dann noch versprochen, dass Norbert Stieger und Wilfried Kohler auf dem Laufenden gehalten würden. Das erfolgte diesen Monat durch einen kurzen Brief von RR Gehrer und eine kurze persönliche Information durch RR Kölliker.

Der KLV will niemandem einen Mangel an gutem Willen unterstellen, registriert aber eine gewisse Resignation bezüglich der Machbarkeit einer optimalen Lösung im momentanen politischen Umfeld und vermisst den nötigen Biss.

Wilfried Kohler zieht daher folgendes Fazit:

Er kennt die neue Lösung nicht bis ins letzte Detail und wird dazu somit auch nichts sagen.

Ob der Leistungsstand, wie von der Regierung versprochen, gehalten werden kann, ist momentan eine Vertrauens- oder besser noch eine Glaubensfrage.

Der Kantonsrat kann auf einfache Art und Weise am Konstrukt schrauben, womit doch grössere Bedenken angebracht sind.

Wir sind anscheinend noch der letzte Kanton, in dem solch entscheidende Dinge hierarchisch und nicht paritätisch umgesetzt werden können.

Für Wilfried Kohler gilt momentan: Gewehr bei Fuss – Munition bunkern - Waffenpflege.

### Projekt OS 2010

Bildung ist die Fähigkeit, fast alles anhören zu können, ohne die Ruhe zu verlieren oder das Selbstvertrauen.

Der Erziehungsrat fällt folgende Entscheidung:

Die Schulen können das kooperative Oberstufenmodell mit Niveaugruppen in Mathematik und Englisch alternativ zum bestehenden Modell umsetzen. Der KLV und mit ihm der Lenkungsausschuss hätten sich gewünscht, dass auch das Modell Niveaugruppen in nur einem Fach erlaubt gewesen wäre. Dies hätte sicher dazu geführt, dass mehr Schulgemeinden einen Schritt nach vorne gemacht hätten. Nun aber ist zu befürchten, dass sich in vielen Schulgemeinden gar nichts bewegt. Es wäre auch sinnvoll gewesen, wenn der Erziehungsrat klarere Vorgaben gemacht hätte. Ungeachtet dessen fordern wir, dass im zu überarbeitenden Berufsauftrag Zeitgefässe für den steigenden organisatorischen Aufwand zu schaffen sind.

Um eine Oberstufe führen zu können sind nur noch zwei Klassen pro Jahrgang (eine Sekundar- und eine Realklasse) erforderlich.

Bei Klassenbeständen unter der gesetzlichen Bandbreite ist eine Bewilligung des Amtes für Volksschule erforderlich. Dies darf doch als posi-

ves Zeichen gewertet werden, weil damit auch kleine Oberstufen mit innovativen Ideen eine Überlebenschance haben. Von den jetzigen kleinen Schulgemeinden ist es im Moment nur eine, die für das neue Schuljahr keine Bewilligung mehr bekommen soll.

Der erste Entwurf einer neuen Lektionentafel hat hohe Wellen geworfen. Es ist sehr erfreulich, dass die kritischen Stimmen gehört wurden und der überarbeitete Vorschlag die meisten Kritikpunkte eliminiert oder mindestens deutlich entschärft hat. So stellen wir uns eine ernstgenommene Mitsprache vor. Wir haben nun noch einmal Gelegenheit, uns bis Ende Oktober vernehmen zu lassen. Soviel darf schon jetzt gesagt werden. Unsere Antwort wird grundsätzlich positiv ausfallen.

### Personalgesetz

Das Gesetz ist der Beichtspiegel der Nation.

Wir sind uns bewusst, dass der Staat als Arbeitgeber eine besonders verantwortungsvolle Stellung einnimmt. Dies zeigt sich beispielsweise in folgenden Anliegen für die wir uns einsetzen:

Eine vorbildliche Sozialpartnerschaft, in der wesentliche, das Personal betreffende Änderungen in gegenseitigem Vertrauen und Respekt partnerschaftlich durchgeführt werden.

Von wem stammt diese schöne Formulierung, die genau dem Bedürfnis der Staatsangestellten und der Lehrpersonen entspricht? Nicht von uns. Sie steht im kantonalen Leitbild zur Personalpolitik des Kantons St.Gallen.

Und wie sieht die Realität aus?

Das neue Personalgesetz, das in 1. Lesung im Kantonsrat behandelt wurde, spricht eine ganz andere Sprache:

Der Kündigungsschutz wurde massgeblich verschlechtert, das heisst, auch eine ungerechtfertigte Kündigung wird nicht mehr rückgängig gemacht. Mitsprache und Mitwirkung wird es nicht geben, sondern lediglich eine Anhörung. In diesem Fall von einer echten Sozialpartnerschaft zu sprechen ist doch eher etwas kühn.

Einzig im Krankheitsfall kann eine Verbesserung ausgemacht werden. Soll doch die Lohnfortzahlung von einem auf zwei Jahre ausgedehnt werden.

Als Sprecher der Regierung hat Herr RR Gehrer versprochen, uns wenigstens in den Verordnungen soweit entgegenzukommen, dass sich die Verschlechterungen in Grenzen halten werden.

Die Schuld einfach der Regierung in die Schuhe schieben zu wollen, wäre unfair, denn das Sagen hat auch in dieser Frage der Kantonsrat, dieser ist auch dafür verantwortlich, dass einige Punkte gegenüber der Vorlage noch verschlechtert wurden. Wir werden uns deshalb sehr wohl überlegen, welche Kantonsräte wir für die nächste Amtsdauer empfehlen können.

Die Regierung hat in 1. Lesung auch über die Löhne für das Jahr 2011 beraten. Der LCH fordert eine Lohnerhöhung von 5%. Unsere Forderungen wurden in den zähen Verhandlung - die Regierung wollte eine Nullrunde - zusammengestrichen. Mit einer Erhöhung von 1,1% (inkl. Teuerung), plus Stufenanstieg und Leistungsprämie könnten wir noch leben. Denn wir sind uns ja gewohnt, dass bei uns die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

### Wandel und Zukunft des Lehrberufes im Kanton St. Gallen

Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.

R.R.Kölliker hat die Lehrpersonen im Kanton St.Gallen angefragt, welche Themen für sie am Wichtigsten sind und welche Punkte am Dringendsten angegangen werden müssen. Diese anonyme Online-Umfrage mit guten Fragen ist sicher gut gemeint, hat aber einen erheblichen Schönheitsfehler. Jeder und jede konnte diese Umfrage ausfüllen, ob sie nun Lehrperson ist oder nicht. Es bestand auch die Möglichkeit mehrmals die Umfrage auszufüllen. Das bedeutete für uns, dass die Resultate nur beschränkt aussagekräftig sind und mit gutem Grund angezweifelt werden können. Das haben wir auch deutlich beanstandet. In der Zwischenzeit haben einige Gespräche stattgefunden und bei der sehr sorgfältigen Auswertung, durch die PHSG, wurde diese Problematik gebührend berücksichtigt, so dass wir jetzt sagen dürfen, dass die Resultate in die weitere Arbeit einfließen können. Diese decken sich mit unseren schon längst aufgelisteten Forderungen. Es ist nun erfreulich festzustellen, dass von allen Seiten - auch vom BLD - anerkannt wird, dass dringender Handlungsbedarf besteht und die Arbeiten zügig an die Hand genommen und weitergeführt werden müssen. Es ist geplant, dass die Resultate der Umfrage noch in diesem Jahr veröffentlicht werden und dass im Frühling 2011 Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorgestellt werden sollen.

**Bank Coop:**  
**Exklusive Vergünstigungen für LCH-Mitglieder**

Sie profitieren von:

- Vorzugszinsen auf Hypotheken
- Rabatten im Wertschriftengeschäft
- Reduktionen bei Kartengebühren

sowie von weiteren attraktiven Produkten und Dienstleistungen zu fairen Konditionen.

Nehmen Sie mit uns Kontakt auf: 0800 88 99 66, [www.bankcoop.ch/lch](http://www.bankcoop.ch/lch)

fair banking  
**bank coop**

## Vernehmlassung Plan B

### Der KLV hat sich wie folgt geäussert:

Aufgrund der Tatsache, dass es für einen Teil der Jugendlichen schwierig ist, einen Ausbildungsplatz zu finden oder eine Ausbildung erfolgreich abzuschliessen, begrüssen wir den Plan B, der vorsieht, dass die Zahl der Jugendlichen, die den Einstieg in die berufliche Grundbildung schaffen und diese auch bestehen längerfristig erhöht werden kann.

Zu folgenden Punkten möchten wir uns äussern:

- Wenn eine Zuweisung in die Gruppe rot, Plan B, ins Auge gefasst werden muss, werden die Eltern informiert und erklären sich:
  - per Unterschrift mit den notwendigen Massnahmen einverstanden
  - damit bereit, bei Verweigerung der Unterschrift, die Verantwortung selbst zu tragen und die Schule zu entlasten
- Es ist wichtig, dass dem Datenschutz Rechnung getragen wird. Damit jedoch verhindert werden kann, dass die Aufbauarbeiten der Sekundarstufe I nicht in einer Sackgasse enden, sind wir der Meinung, dass die Erziehungsberechtigten bereits zu Beginn von Plan B mit ihrer Unterschrift ihr Einverständnis zur dokumentierten Übergabe an die Sekun-

darstufe II erteilen. Dies setzt voraus, dass die Erziehungsberechtigten die nötigen Informationen erhalten.

- Um den Aufwand zur Erfassung von gefährdeten Jugendlichen gering halten zu können, empfehlen wir, diesen über die Datenbank des LehrerOffice abzuwickeln.
- Die Annahme, dass rund 1.5% der Schülerinnen und Schüler der Gruppe rot zugeordnet werden müssen ist mit Sicherheit zu tief angesetzt. Massnahmen, die eine erfolgreiche Arbeit mit dem Plan B ermöglichen sind unter anderem angepasste Klassengrössen, Einsatz von Schulischen Heilpädagogen und eine angemessene Entlastung der betroffenen Lehrpersonen.
- In einzelnen Fällen ist es angebracht, bereits in der 1. Klasse der Oberstufe Schülerinnen und Schüler der Gruppe rot zuzuordnen. Dadurch bleibt mehr Zeit, um Plan B durchzuführen. Darum schlagen wir folgende Änderung bei den Zielgruppen vor: Die Grundgesamtheit der Zielgruppe Plan B umfasst alle Jugendlichen *spätestens* in der zweiten Oberstufe bis zum Übertritt ins Erwerbsleben nach erfolgreichem Abschluss auf der Sekundarstufe II. Mit dieser Änderung kann verhindert werden, dass keine gewinnbringende Zeit verloren geht.

- Zur Erleichterung und Hilfestellung aller Beteiligten muss eine Handreichung oder ein Ablaufschema vorliegen, das die Vorgehensweisen und die zeitlichen Abläufe anhand von Beispielen festhält. Ebenfalls müssen die Verbindlich- und Verantwortlichkeiten in jeder Phase von Plan B klar geregelt sein.
- Im Rahmen der kantonalen Weiterbildung sollen Kurse angeboten werden, die Lehrpersonen Hilfestellungen anbieten, um den Plan B umzusetzen.
- Da die Gespräche und Massnahmen der Gruppe rot recht umfangreich sein können, müssen diese ausserhalb der Unterrichtszeit stattfinden.
- Wenn die Klassenlehrperson die Fallführung in der Gruppe rot wie vorgesehen übernimmt, muss die zusätzliche Arbeitszeit entweder nach Aufwand oder mit einer Entlastung über das Pensum erfolgen. Auch der Mehraufwand der Lehrpersonen, die die Schülerinnen und Schüler der Gruppen grün und orange betreuen, muss entschädigt werden. Gleiches gilt für die Lehrpersonen der Brückenangebote und der Berufsschulen. Die Regelung, wie diese zusätzlichen Arbeiten abgegolten werden, muss zwingend vor Inkraftsetzung von Plan B geregelt werden.

## Vernehmlassung Lektionentafel OS 2012, 2. Lesung

Nachdem die erste Fassung der Lektionentafel zu massiver Kritik geführt hatte, dürfen wir nun erfreut feststellen, dass die meisten Einwände und Anregungen der verschiedenen Stufen berücksichtigt wurden. Das Resultat findet eine breite Zustimmung und nimmt die wichtigen Anliegen, die durch die Basis eingebracht wurden, auf.

Wir verzichten deshalb auf das detaillierte Auflisten von stufenspezifischen Einwänden. Diese entnehmen Sie bitte den entsprechenden Vernehmlassungen.

Gerne erwarten wir, dass in Kürze im Anhang zur Studententafel Musterstundenpläne veröffentlicht werden, welche eine mögliche Umsetzung aufzeigen.



## Vernehmlassung Revision Mittelschulgesetz

Folgende Stellungnahme hat der KLV eingereicht.

### Behördenstruktur

Es ist wichtig, dass wesentliche Aufgaben beim Erziehungsrat bleiben. Dazu gehören vor allem die Wahl der Rektoren und Prorektoren sowie die Anstellung der Lehrpersonen. Wichtig ist dabei, dass z.B. Kündigungen vom Erziehungsrat geprüft werden können.

Damit der Erziehungsrat jedoch auch in gewissem Masse entlastet werden kann, ist zu überprüfen, ob die Schaffung eines Mittelschulrates als strategisches Organ zur Koordination und Entwicklung der Mittelschulen nützlich wäre. Dies entspricht auch dem Anliegen des KLV.

Wir sprechen uns klar für die Beibehaltung der Aufsichtskommission aus. Deren Aufgaben und das Anforderungsprofil müssen jedoch angepasst werden.

### Schulleitung und Vorschlagsrecht der Konvente

Das Vorschlagsrecht der Konvente soll bei der Wahl der Schulleitungsmitglieder, der Rektorinnen und Rektoren sowie der Prorektorinnen und Prorektoren beibehalten werden.

### Lehrerkategorien

Der KLV unterstützt das Anliegen des KLV, dass es weiterhin drei Lehrerkategorien geben soll.

### Prüfung der Einführung von Untergymnasien an Landmittelschulen

Der KLV ist der Meinung, dass dieses Vorhaben sehr genau überprüft werden muss. Es widerspricht den Grundsätzen bzw. der Stossrichtung einer durchlässigen Oberstufe, gewisse Schülerinnen und Schüler mit einer äusseren Differenzierung separat zu beschulen. Sollte die Einführung trotzdem ins Auge gefasst werden, müssten klare Kriterien für die Führung eines Untergymnasiums festgelegt werden. Es ist wichtig, dass den Jugendlichen eine ganzheitliche Bildung ermöglicht wird. Durch die Infrastrukturen können Oberstufenschulen dies v.a. in den Fächern Handarbeit, Werken und Hauswirtschaft garantieren.

### Nahtstellenproblematik Sekundarschule – Mittelschule

Mit der Revision des Mittelschulgesetzes könnte diese Problematik angegangen werden. Da die Zahl der Schülerinnen und Schüler, welche den gymnasialen Weg nach nur einem Jahr abbrechen, nicht klein ist, sollte auf folgende Punkte Rücksicht

genommen werden:

Kontinuierliche Fortführung des Lehrplans der Oberstufe zu Beginn der gymnasialen Ausbildung, v.a. in den Fächern Räume und Zeiten, resp. Natur und Technik.

Erarbeitung zentraler Themen der Mathematik sowie der Grammatik in Deutsch und Fremdsprachen.

Dies wird in schnellerem Tempo geschehen und betrifft somit nur die ersten Monate.

Solange Stellwerk 9 obligatorischer Teil der Volksschule ist, muss diese Standortbestimmung auch im ersten Jahr der gymnasialen Ausbildung von allen Lernenden absolviert werden (Lehrstellenbewerbung allfälliger Schulabgänger)

Wichtige lebenskundliche Themen der 3. Oberstufe müssen in die gymnasiale Ausbildung eingebettet werden.

### Diverses

- Auf die Einführung der Geldbussen ist zu verzichten.
- Die Frage der mündlichen Noten in der Mittelschulverordnung ist zu überdenken. Es sollte dahin gehen, dass mündliche Leistungen in der Regel berücksichtigt werden können, dass aber nicht mehr zwingend eine Note gesetzt werden muss.

Wir versichern  
Sie als  
LCH-Mitglied  
günstig.

Top-Service  
inklusive!

Profitieren Sie als LCH-Mitglied von speziellen Konditionen.

Jetzt Prämie rechnen und Offerte einholen!

[zurichconnect.ch/partnerfirmen](http://zurichconnect.ch/partnerfirmen)

ID: LCH  
Passwort: klasse

0848 807 804

Mo – Fr von 8.00–17.30 Uhr  
Exklusive Telefonnummer für LCH-Mitglieder

- Autoversicherung
- Motorradversicherung
- Privathaftpflichtversicherung
- Hausratversicherung
- Gebäudeversicherung
- Assistance

LCH  
Dachverband  
Schweizer  
Lehrerinnen  
und Lehrer

ZURICH  
connect

Versicherungsträger: Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG

## Termine

Datum	Zeit	Anlass	Ort
10.01.2011	18.15	Jahresversammlung ASTP (Psychomotoriktherap.)	Schulhaus Spelterini, St. Gallen
15.01.2011	09.00	Jahresversammlung BSGL (Logopäd.)	Kantonsspital, St. Gallen
05.03.2011	08.30	Jahresversammlung KMK (Mittelstufenlehrpersonen)	Aula der Uni St. Gallen
19.03.2011	08.30	Jahresversammlung SLK (Sekundarlehrpersonen)	
06.04.2011	14.30	KLV-Delegiertenversammlung 2/10-11	Werdenberg
30.04.2011	08.30	Hauptversammlung SGV	Eschenbach
14.05.2011	08.30	Sektionskonferenz Sargans	
28.05.2011	08.00	Sektionsversammlung St. Gallen VLSG	
31.05.2011	19.00	Sektionsversammlung Wil	Lindenhof, Wil
27.08.2011		Jahresversammlung LEGASG (Legasthenietherap.)	
27.08.2011	10.15	Jahresversammlung KMLV (Musiklehrpersonen)	Café Gschwend, St. Gallen
03.09.2011	8.45	Jahresversammlung KUK (Unterstufenlehrpersonen)	Restaurant Kreuz, Jona
10.09.2011		Jahresversammlung KSH (Schul. Heilpädagog.)	GBS, St. Gallen
17.09.2011	08.30	Jahresversammlung KAHLV (Handarb./Hauswirtsch.)	Gossau
24.09.2011		Jahresversammlung KRK (Reallehrpersonen)	Schloss Rapperswil
29.10.2011	08.45	KLV-Delegiertenversammlung 1/11-12	Rorschach
07.11.2011		Sektionskonferenz Oberrheintal	
12.11.2011	08.30	Sektionskonferenz Gossau	
15.11.2011		Sektionskonferenz Rorschach	

**KLV**  
Kantonaler  
Lehrerinnen- und  
Lehrerverband  
St. Gallen

**KLV ST. GALLEN**  
Mühlegutstr. 12  
9403 Goldach  
Tel/Fax 071 352 72 62  
Internet [www.klv-sg.ch](http://www.klv-sg.ch)  
Email [info@klv-sg.ch](mailto:info@klv-sg.ch)

Das Sekretariat ist in der Regel am Mittwochnachmittag durch das Präsidium besetzt. In den anderen Zeiten steht der Telefonbeantworter bereit oder es kann jederzeit ein Fax übermittelt werden. Am einfachsten und schnellsten ist die Kontaktaufnahme per E-mail !

### KLV-Lehrerinnen- und Lehrerberatung

**Ulla Wyser-Schuler** Kindergärtnerin / Schulleiterin, Sammelbühlstrasse 7a, 9053 Teufen, 071 333 29 27, [ulla.wyser@bluewin.ch](mailto:ulla.wyser@bluewin.ch)  
Supervisorin / Ausbildung in personenzentrierter Beratung SGGT / Kollegiale Beratung und Supervision

**Walter Bodenmann** Primarlehrer, Wiesenstr. 14, 9000 St. Gallen, 071 220 71 04, [walter.bodenmann@bluewin.ch](mailto:walter.bodenmann@bluewin.ch)  
Supervisor BSO / Psychologisch-pädagogischer Berater

### Beratungsstelle speziell für Mittelschullehrpersonen

**Antonia Schmid** Handarb./Hausw. Unterdorf 10a 9314 Steinebrunn 071 477 24 87 [schmid.steinebrunn@gmx.ch](mailto:schmid.steinebrunn@gmx.ch)  
Supervisorin / Ausbildung in Erwachsenenbildung, Gestaltungstherapie, Craniosacraltherapie

**Pedro Oliveras** Mittelschullehrer Aubrigstrasse 25 8645 Jona 079 600 77 18 [pedro\\_oliveras@hotmail.com](mailto:pedro_oliveras@hotmail.com)  
Ausbildung in Psychosynthese / Mediation / Beratung

**Impressum** Redaktion: Claudia Preisig, Hansjörg Bauer, Hansruedi Vogel (KLV-Präsidium)  
Versand und Mutationen: KLV-Sekretariat, Mühlegutstrasse 12, 9403 Goldach  
Das KLV-Mitteilungsblatt ist ein internes Organ für KLV-Mitglieder !